

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagspreis: Die Abonnementpreise sind für den Verlag zu zahlen, die für den Abnehmer zu zahlen sind, sind in der Preisliste angegeben. — Erscheinungswort: Sonn- und Feiertage außer. — Preis: 10 Pfennige, einschließlich Porto. — Redaktion: Auer Tageblatt, Leipzig Nr. 1000.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Ronto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 268

Freitag, den 18. November 1927

22. Jahrgang

Vorwärts auf dem Wege zum Wiederaufstieg!

Bemerkungen des Reichszanklers zum Einheitsstaat.

Berlin, 18. Nov. Reichszankler Dr. Marx hat heute vormittag mit seiner Begleitung Wien verlassen. Er ist abends in München eingetroffen. Dr. Stresemann ist nachmittags nach Berlin abgereist.

Der Reichszankler in München.

München, 17. November. Reichszankler Dr. Marx wurde bei seinem Besuch im Landtag vom Präsidenten Dr. Königbauer begrüßt, der ihm dank für den ehrenvollen Besuch aussprach, der zwar in erster Linie der bayerischen Staatregierung gelte, mit der er nicht nur freundschaftliche Beziehungen aufrecht zu erhalten wünsche, sondern auch wichtige Lebensfragen des deutschen Vaterlandes und Existenzfragen des bayerischen Staates besprechen wollte. Reichszankler Dr. Marx erwiderte u. a., wir müssen uns alle in einem Gedanken vereinen, und ich weiß, daß auch Sie diese Hoffnung teilen, unserem Volke vorwärts zu helfen. Gegenüber dieser Forderung, die in unserer Zeit an jeden Deutschen gestellt wird, muß alles Kleinliche, Egoistische und Materielle zurücktreten, und wir müssen nur den einen Gedanken haben: vorwärts auf dem Wege zum Wiederaufstieg! Sie können versichert

sein, daß sich die Reichsregierung, mehr als sie vielleicht annehmen, mit den Sorgen Bayerns beschäftigt. Wir wissen sehr gut, welche Bedeutung ein Land wie Bayern mit seiner großen historischen Vergangenheit und seinen großen staatlichen und kulturellen Werten besitzt und daß es ein unentbehrliches Glied im Kranz unserer Länder ist. Solange in Ihrem Volke

Der feste Wille zum Einheitsstaat

verankert ist, wäre es unrichtig und politisch falsch, irgendein Vorhaben zu versuchen, andere Zustände herbeizuführen. Ich habe persönlich darauf gedrungen, daß in die letzte Regierungserklärung der Satz aufgenommen wurde, daß ich es für unrichtig halte, wenn man auf dem Wege über finanzielle Maßnahmen die staatliche Selbständigkeit der Länder untergraben wolle. Hiernach habe ich auch stets gehalten. Das Selbstliche ist doch, daß das Reich zusammenhält nicht durch äußere Zwangsmittel, sondern durch gemeinsames Ehrliches Streben und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit. Wir müssen die Reichstreue in den Herzen aller Anwohner stärken.

Berlin, 17. Nov. Reichsaußenminister Stresemann ist wieder in Berlin eingetroffen.

Der Kyffhäuserbund zur Flaggenfrage.

Der Präsident des Kyffhäuserbundes, General der Artillerie a. D. von Horn, veröffentlicht die Richtlinien für die Kriegervereine in der Flaggenfrage. Im ersten Teil der Erklärung, die „Der Kyffhäuser“, das Zentralorgan der deutschen Kriegervereine, veröffentlicht, betont General von Horn noch einmal die „parteilospolitische Neutralität“ des Kyffhäuserbundes. General von Horn fährt dann fort: Aber mit der Führung der Vergangenheit allein ist es nicht abgetan. Wir müssen die Aufgaben der Gegenwart verstehen, um an der Zukunft bauen zu können. Wir müssen uns klar darüber sein, daß alle diejenigen, die sich zum Staate bekennen, die gewillt sind, am Staate und im Staate mitzuwirken — und das wollen wir, weil wir es für notwendig halten — auch verpflichtet sind, die Staatsautorität zu stärken. Darum muß auch die heutige Reichsflagge, solange sie besteht, als solche gewürdigt werden. Wird in Einzelfällen Wert darauf gelegt, die Vertreter der Verbände bei unseren Festen zu sehen, und bekommt dadurch die Veranstaltung einen offiziellen Charakter, so müssen wir unsere politische Neutralität äußerlich noch dadurch bekräften, daß wir neben unseren Bundesfarben auch die Reichsflagge in der verlangten Form zeigen.

Der Reichspräsident an Exzellenz Lewald.

Berlin, 17. Nov. Der Reichspräsident hat an Exzellenz Lewald ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn wünschgemäß von seinen Obliegenheiten als Führer der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen entbindet und ihm für seine bisherige Tätigkeit namens des Reiches besonderen Dank ausdrückt.

Politische Schlägerei in Berlin.

Berlin, 18. Nov. In der Nacht zum Mittwoch kam es in der Stallschreiberstraße zu einer Schlägerei zwischen zehn Mann des Fredericus-Regiments und Kommunisten, bei der drei Mann des Regiments durch Messerstiche leicht verletzt wurden. Ein Arbeiter erhielt ebenfalls mehrere Messerstiche. Drei Kommunisten und die zehn Mann des Regiments wurden festgenommen.

Die Alliierten unter sich.

Popolo d'Italia über den französisch-jugoslawischen Vertrag.

Rom, 18. Nov. „Popolo d'Italia“ schreibt, der neue französisch-jugoslawische Vertrag bedeute eine Stellungnahme gegen Italien und eine Garantie Jugoslawiens gegen Italien. Italien werde angeklagt, keine friedfertigen Absichten zu haben, aber in dieser Hinsicht könne Italien einen Vergleich mit Frankreich ruhig aufstellen. Italien halte nicht, wie heute noch Frankreich, solche Jahre nach dem Kriege die Rheinlande besetzt. Das Blatt spricht alsdann von Umtrieben fern

hin. Es sei nicht unmöglich, daß sich zum Beispiel ein geheimes Abkommen zwischen den beiden Heeresleitungen vorausgegangen sei.

Skandal im Unterhaus.

London, 18. Nov. Der heute von Macdonald im Unterhaus begründete Mißtrauensantrag gegen die Regierung wegen ihrer Untätigkeit gegenüber der schweren Wirtschaftsdepression und Arbeitslosigkeit in den englischen Kohlenrevieren führte bereits in der ersten Stunde zu einem schweren parlamentarischen Skandal. Macdonald verlangte in seiner Begründungsrede, in der er das Elend der Bergarbeiter sowie die Untätigkeit der Regierung anshauslich schilderte, daß der Premierminister die vom Oppositionschef gefaltene Rede beantworten solle. Baldwin, der anwesend war, ließ den Handelsminister die Rede Macdonalds beantworten. Der Handelsminister konnte aber nicht zu Worte kommen, da die Arbeiterpartei etwa 10 Minuten lang in chorartigem Rhythmus immer wieder schrie: „Baldwin, der Premierminister, soll sprechen!“ Da der Regierungsvertreter nicht zu Worte kommen konnte, mußte der Sprecher des Unterhauses um 5 Uhr um eine Stunde auf 6 Uhr vertagen.

Kleine Meldungen.

Berlin, 17. Nov. Die deutsch-polnischen Besprechungen über die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen dürften heute nachmittag ausgenommen werden.

Paris, 17. Nov. Der „Matin“ meldet, daß eine Verständigung über das Lösegeld zur Befreiung der in Marokko verschleppten Europäer erfolgt sei.

Paris, 17. Nov. Die Pariser Blätter bringen weitere Einzelheiten, die beweisen sollen, daß die Sowjetregierung Verbindung mit den Häuptern ungarischer Wertpapiere hatten.

Warschau, 17. Nov. Der Warschauer Zionistenführer Dr. Grünbaum, Abgeordneter des Sejm, wurde vor seiner Wohnung von drei Unbekannten überfallen und mit Stöcken geschlagen. Man vermutet politische Motive.

Genua, 18. Nov. In der Gegend von Genua und Parma ereignete sich in der vergangenen Nacht wiederum ein kleines Erdbeben.

Neuhort, 18. Nov. Die Flotte der Vereinigten Staaten hat gestern ein Riesenslugzeugmuttergeschiff in Dienst gestellt, das elektrisch betrieben wird und 83 Flugzeuge tragen kann.

Neuhort, 17. Nov. General Hege, der sich einige Zeit in den Vereinigten Staaten aufgehalten hat, hat jetzt die Heimreise angetreten.

Los Angeles, 18. Nov. In Los Angeles ist gestern der Oberst John Sobieski, ein direkter Nachkomme des Befreiers von Wien, Johann Sobieski, nach einem abenteuerlichen Leben gestorben.

Die Indianer in den Vereinigten Staaten.

Von Dr. S. Cordes-Sidney.

Als Präsident Coolidge im Laufe dieses Sommers durch die Vereinigten Staaten reiste, wurde er von dem Stamme der Sioux am Ehrenhauptling ernannt und erhielt den schönen Beinamen „Wamble Totahu“ (führender Adler). In einer bei dieser Gelegenheit gehaltenen Rede sagte der Präsident, daß er die Abschaffung der alten Sitten und Gewohnheiten der Indianer nicht befürworten könne. Es besteht nämlich das Bestreben, die feierlichen Tänze abzuschaffen, die bei mehreren Stämmen einen wichtigen Teil der religiösen Gebräuche ausmachen. Auf Grund der erwähnten Coolidge'schen Aeußerung hoffen die Indianer, daß in dieser Hinsicht nunmehr eine Wendung eintritt. Nebenbei wird in der kommenden Sitzung des Kongresses die Indianerfrage eine gewisse Rolle spielen und zu Auseinandersetzungen Veranlassung geben. — Die Behandlung der Indianer ist zweifellos eines der schwächsten Kapitel der amerikanischen Geschichte. Das Vorgehen der Regierung wie auch der Einzelnen gegenüber den „Roten“ war von Anfang an durch größten Egoismus gekennzeichnet. Die nach Westen vorrückenden Weissen vernichteten die Ureinwohner mit der gleichen Unbarmherzigkeit und Grünlichkeit wie den Neger und die wilde Taube. Erst um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts trat eine Wendung ein, dadurch, daß man die Indianer in sogenannten Reservations abschloß. Selbstverständlich gab man ihnen dabei das schlechteste Land. Die Fronde des Schicksals wollte es aber, daß gerade in diesem minderwertigen Lande, so z. B. in Oklahoma und anderen Staaten des Südwestens, unerschöpfliche Petroleumvorkommen entdeckt wurden, die den betreffenden Stämmen riesige Reichtümer in den Schoß warfen. — Am Jahre 1924 wurden alle Indianer zu Bürgern der Vereinigten Staaten erklärt. Doch war ihnen damit wenig geholfen, denn eine Verordnung unterstellte die sogenannten „unfähigen“ Indianer einer Art Vormundschaft des Indianeramt der Regierung in Washington. Trotzdem nun jährlich Millionen Dollars für die Erziehung und Bildung der Indianer auszugeben werden, gelten heute noch 225 000 von den insgesamt 350 000 Einwohnern als „unfähig“. Diese können z. B. ohne Zustimmung des Kommissars weder leihwillige Verfassungen treffen noch Kauf- oder Pachtverträge abschließen. Man schätzt den Wert der unter der direkten Kontrolle der Regierung stehenden „Unfähigen“ auf mehr als 6 Milliarden Mark.

Entgegen einer weitverbreiteten Ansicht hat die Zahl der Indianer in den letzten Jahren nicht abgenommen. 1926 wurden in den Vereinigten Staaten 294 574 gezählt, 1928 wobei die Zahl auf 349 064 anstieg. Dieser Zuwachs ist einer ungewöhnlich hohen Geburtenziffer zu verdanken, die auf 27,5 je Tausend betrug, während sich die entsprechende Ziffer für die Gesamtbevölkerung des Landes nur auf 22,5 je Tausend stellte. Die Zahl der Todesfälle wird mit 22,8 je Tausend angegeben, was nahezu doppelt so hoch ist, wie der Satz für die Gesamtbevölkerung (11,8 je Tausend). Der Indianerschicksal, eine Gesellschaft weißer Amerikaner, die sich die Annahme der Roten zur Aufgabe stellt, nennt allerdings wesentlich unangenehme Zahlen. Danach soll die Zahl der Tuberkulosefälle unter den Indianern 7% mal so hoch sein wie unter den Weißen, die Säuglingssterblichkeit 2%, mal so hoch, und 21 Prozent sollen an Trachoma, einer Erkrankung der Atmungsorgane, leiden. Die hohe Sterblichkeitsziffer wird darauf zurückgeführt, daß die Kinder oft schon mit sechs Jahren der häuslichen Erziehung entzogen und in Reservatenschulen untergebracht werden, wo man sie zu „Amerikanern“ machen will.

Die wirtschaftliche Lage der Indianer ist infolge der oben erwähnten reichen Petroleumfunde bei vielen Stämmen an sich nicht schlecht. Allein die „unfähigen“ Indianer dürften ein Durchschnittsvermögen von je 20 000 Mark je Kopf besitzen, über die anderen fehlen zuverlässige Angaben. Manche Stämme dagegen leiden Not, obwohl die Regierung dem Namen nach für sie sorgt. Diese soll übrigens einem sehr skurrilen System, um die Roten nach Möglichkeit auszuheilen. Es sind die sogenannten „rückwärtsen Auslagen“, die anscheinlich vielleicht aus ganz menschenfreundlichen Erwägungen eingeführt wurden. Man schiebt einem Stamme größere Beträge vor, die für wirtschaftliche Zwecke bestimmt sind, z. B. für die Verbesserung des Grund und Bodens, für Bewässerungsanlagen und Straßenbau. Diese Beträge sind dann im Laufe der Zeit abzutragen, die Rückzahlungen werden aus dem Stammesvermögen geleistet oder als Grundbesitzungen eingetragen. Leider besaßen sich die Indianer, daß sie auf diese Weise mit „Verheerungen“ überhäuft werden, die sie gar nicht verlangen haben, die vielmehr für jeden anderen mehr Nutzen bringen als für sie. So wurde der Bima-Stamm in Arizona mit fast anderthalb Millionen Mark für eine Brücke belastet, die für die Wüste, in der sie bebaut war, viel zu drückend ist. Diese Brücke wird ausschließlich von Automobilen benutzt, die auf der Strecke zwischen Phoenix und Tucson verkehren. Die Bima aber beschwerten sich, daß sie gar keine Brücke verlangen hätten, sie auch schon aus dem Grunde nicht brauchen könnten, weil sie dahin von ihrem Dorf aus einen sieben Kilometer langen Umweg zurücklegen